

DEUTSCHE BAUZEITUNG

Herausgeber: Regierungsbaumeister Dr. Ing. E. h. Fritz Eiselen

Regierungsbaurat Rudolf Stegemann

Berlin SW48

6. Sept. 1933

Organ des Deutschen Ausschusses für wirtschaftliches Bauen

Heft **36**

DIE MESSE DES AUFBAUES

Es ist etwas Eigenartiges um die Beziehungen zwischen Berlin und Leipzig, zwischen den Metropolen der Politik und der Wirtschaft. Beide im Wettstreit, beide aufeinander angewiesen, beide mit lebenswichtigen Aufgaben für die Nation. Wenn es nicht seit 700 Jahren eine Messe von Reichsbedeutung gäbe, müßte der Nationalsozialismus sie als Mittlerstelle zwischen der deutschen Wirtschaft und der Welt heute schaffen. So ist es nicht verwunderlich, daß die heutige Regierung die Messe sofort in die totalen Aufgaben des Staates eingebaut hat. Die erste Messe im neuen Reich war nicht mehr allein eine Angelegenheit der Industrie und des Kaufmanns. Das ganze Volk nahm an ihr Anteil. Jedermann war es klar, daß die Messe eine Parade der gesamten deutschen Wirtschaft ist. In diesem äußeren Rahmen war die Messe, aus der jedermann starken Schaffensmut mitnehmen konnte, ein Erlebnis und ein Bekenntnis zum Leben und zu unserer Zukunft.

So war es auch zu erwarten, daß der Vortragssaal der Baumesse am Montag, dem 28. August, bei weitem überfüllt war. Regierungsbaurat Stegemann, nunmehr Direktor des Leipziger Meßamtes und Leiter der Literarischen Abteilung, begrüßte die anwesende Versammlung von Spitzenvertretern der deutschen Bauwirtschaft und führte folgendes aus: Das Bild der letzten Jahre sei Zerrissenheit und Lähmung gewesen. Die meisten hätten nur an sich gedacht und nicht an das Ganze. Genau so sei es in der Technik, genau so im Bauwesen gewesen. Trotzdem habe es schon einen Punkt in Deutschland gegeben, wo man sich für das Ganze einsetzte, wo die Technik sich einmal im Jahr fand, die Messe. Als 1928 die Meßhallen gebaut wurden, sei es klar gewesen, daß damit ein Sammelpunkt geschaffen würde für die deutsche Bauwirtschaft, daß nicht nur die Baustoffe sprechen sollten, sondern der gemeinsame Geist, der die Baumesse zum Sprachrohr in der Bauwirtschaft machen sollte. Es sei bezeichnend für die Bedeutung der Baumesse, daß noch jede Regierung ihr technisches Programm auf ihr vertreten habe. So sei auch dieses Mal das Reichsarbeitsministerium, das Reichswirtschaftsministerium und der Straßenbau vertreten. Die Baumesse würde die „Deutsche Bauschau“, die zentrale Dauerausstellung der Baustoffe im Herzen Deutschlands und alles was sie geschaffen habe, mit frohem Herzen der Reichsregierung und dem deutschen Volk zur Verfügung stellen als Baustein zum Wiederaufbau Deutschlands.

Nach Regierungsbaurat Stegemann ergriff Staatssekretär Dipl.-Ing. Feder das Wort zu dem Thema

Technik und Techniker im neuen Deutschland

Alles in großen Zusammenhängen zu sehen, sei die Voraussetzung für den Erfolg. Mit diesen Augen müßten wir die Technik ansehen. Wir erkennen dann, daß jede Epoche ihre arteigene technische Leistung gehabt hat.

Wir Techniker könnten stolz sein auf unsere gewaltigen Schöpfungen. Diesen Großtaten stünde jedoch ein völlig unzureichendes politisches Gewicht gegenüber. Die gewaltige Aufgabe, die wir erfüllen müßten, sei, vom Mißbrauch der Technik zum richtigen Einsatz der Technik im Dienste der Nation zu gelangen. Unser Führer habe uns auf politischem Gebiete vorexerziert, wie ein richtiges Prinzip eine Welt umzugestalten vermöge. Dieses Prinzip war der Gesichtspunkt des Führertums, der verlorengegangen war. Feder habe vom Führer den Auftrag erhalten, dem Führergedanken nun auch in der Technik zum Sieg zu verhelfen. Dieser Führer sei der Staat. Der führende Staat dürfe aber nicht selbst Wirtschaft treiben. Man sei der Meinung gewesen, daß der Nationalsozialismus staatliche Wirtschaft treiben wolle. Etwas Derartiges sei völlig verfehlt. Der Staat dürfe unter gar keinen Umständen zu einer Wirtschaftsmaschinerie herabgewürdigt werden. Der Dirigent müsse die Instrumente kennen, dürfe aber nicht mitspielen.

Man vergäße heute, was es hieße, verlacht, verfolgt und verspottet zu werden, was es hieße, von sechs Mann aus Deutschland zu erobern. Und dies alles für einen einzigen Gedanken: Deutschland, Deutschland und nichts als Deutschland! So wie die politische Wende dem Führergedanken zum Siege verhalf, so müsse auch in der Technik und Wirtschaft der Führergedanke durchgeführt werden. In der liberalistischen Zeit hätte eigentlich ein Reichswirtschaftsministerium keinen Sinn gehabt. Man wollte ja die Wirtschaft gar nicht führen. Was versteht man nun unter der Wirtschaftsführung? Darunter ist verstanden, die Aufgabe zu lösen, die uns das Schicksal gestellt hat. Und diese heißt heute: Beseitigung der Arbeitslosigkeit, der geradlinigen Folgeerscheinung der ungehemmten Wirtschaft. Ein Beispiel: die Entwicklung unseres Eisenbahnwesens. Dieser Gedanke bedeutete einer Umformung der Erde, damit Anlage von Schienen, Bahnhöfen, Wagen, Tunneln, Brücken usw. Alles dies nur von einer einzigen technischen Idee ausgehend. Entsprechend dieser Kurve dachte man, ungemessen produzieren zu können. Aber nach 30 Jahren war Deutschland mit Bahnstrecken saturiert. Die Folge davon war der Gedanke: Hinaus auf Übersee. Dort stieß man das erstmal mit fremden Interessen zusammen. Am 1. August 1914 war der Kulminationspunkt der Produktion nach außen erreicht. Eine ähnliche Entwicklung hat beispielsweise die Herstellung von Wasserleitungen in Deutschland erlebt. In einigen Jahrzehnten war Deutschland übersättigt. Der rein technische Grund für die Weltwirtschaftskrise sei die Diskrepanz zwischen der Weltindustrie und der Aufnahmefähigkeit des Weltmarktes. Dazu treten noch die wahnsinnigen politischen Zustände, die Zersetzung der Nation usw. Heute sei Wirtschaftsführung nötiger als je zuvor. Die selbstschöpferischen, selbstverantwortlichen Persönlichkeiten seien die

Grundlage der deutschen Wirtschaft. Ohne Aufträge nütze eine Kreditkämpferspritze nichts. Deshalb müßten von Staats wegen große Aufgaben gefördert werden. Der Techniker müsse sich dem neuen Staat einordnen und unterordnen, Diener sein am Wiederaufbau.

Am 1. Mai habe der Führer zwei Aufgaben des Wiederaufbaues aufgezeigt. Er ging davon aus, daß jedes Verkehrsmittel sich die eigenen Wege schaffe. So entstand die Idee der Reichsautobahnen, die von Staats wegen durchzuführen sind. Bisher sei die Ausführung des Planes völlig unmöglich gewesen, da etwa 3000 Straßenbauverwaltungen bestanden. Um vorwärtszukommen, sei das wichtigste gewesen, erst einmal die politische Gleichschaltung durchzuführen. Damit sei es möglich geworden, alles durchzuführen, war vor einem Jahr gänzlich ausgeschlossen war. Neben den Landstraßen würden im Ausbau der Wasserstraßen der deutschen Technik riesige Aufgaben harren. Das zu Tal fließende Wasser sei eines der größten Kraftquellen. Eine weitere gigantische Aufgabe sei die Siedlung. Die Stadtrandsiedlung dürfe zu keiner romantischen Angelegenheit werden. Am Stadtrand dürfe grundsätzlich nur dann gesiedelt werden, wenn die Angesiedelten in der Stadt dauernd Arbeit fänden. Feder tritt dafür ein, die schlechtesten Wohnviertel der deutschen Städte niederzulegen und neu aufzubauen. Im Osten Deutschlands solle ein neues Bauerngeschlecht entstehen. Es sei der Wille des Führers und das Wesen der Führung, daß nichts, was in Deutschland geschehe, auseinanderfallen dürfe. Die politische Zielsetzung und die technische Durchführung seien eine Einheit und müßten es bleiben. Im Herbst beginne die Wiederherstellung des Althausbesitzes, die von der Regierung besonders gefördert würde, weil an 100 000 Stellen Arbeit in Angriff genommen werden könne, wodurch ein Kraftstrom über die ganze Wirtschaft fließe. Eine weitere wichtige Aufgabe sei die Verbreiterung der deutschen Rohstoffbasis. Wir dürften in lebenswichtigen Angelegenheiten auf keinen Fall vom Ausland abhängig sein. Wir wollen nicht ausbeuten und herrschen, sondern dem deutschen Menschen dienen. Wir wollen ausgleichen, vermitteln, dienen, regeln, damit alles zum Ganzen sich findet, damit nichts zusammenstürzt zum Fluche des deutschen Volkes.

Deshalb sei es auch eine ausgezeichnete Idee gewesen, einen Markt zu schaffen für die deutsche Bauwirtschaft. Hier liege ein ganz großer konstruktiver Gedanke vor. Ein Gedanke für das Ganze, nicht für den Einzelnen. Wir müßten immer wieder denken und uns vor Augen halten: Du bist nicht für dich allein da, du bist dienendes Glied eines Ganzen! Wenn wir die Leipziger Messe sehen, so wissen wir, daß die Augen der Welt auf Leipzig gerichtet sind. Wir haben nur ein Ziel, in Frieden Brot zu verdienen. Allen soll geholfen werden, das ist das Ziel unseres Führers. Dabei muß jeder in seiner Verantwortlichkeit gestärkt werden. Wir haben uns verpflichtet, Arbeit und Brot zu geben. In dem gewaltigen Aufbauprogramm fiele selbstverständlich der Bauwirtschaft eine ganz hervorragende, vielleicht die hervorragendste Rolle zu. Die Bauwirtschaft sei auch neben der Landwirtschaft der zweitgrößte Stand im kommenden Reich. Alles, was die Bauwirtschaft umfaßt, das Baugewerbe, der Baustoffhandel, die Fabrikation, die Architekten usw., sie gehörten alle zusammen. Feder wolle nicht zulassen, daß sie getrennt werden und zerfielen.

Zum Schluß betonte Feder, daß er zehn Jahre lang der einzige akademische Ingenieur im Parlament gewesen sei. Alle übrigen hätten sich zurückgehalten vor dem „Radau“ und hätten ihre Nase hochgetragen. Wo wäre heute Deutschland, wenn wir ebenso gehandelt hätten.

Es gäbe keinen Politiker von Namen, der nicht den Weg der Entsagung gegangen sei. Ein Politiker müsse entsagungsbereit sein, bis die Erfüllung seiner Aufgabe vor seinen Augen stünde. Dies sei der Weg, den auch wir Techniker gehen müssen.

Nach Staatssekretär Feder nahm Staatssekretär Dr. Krohn das Wort zu dem Problem

Die Bedeutung des Bauwesens für das Arbeitsbeschaffungsprogramm

Er untersuchte die Krise und die Möglichkeit ihrer Überwindung, unter denen dem Bauwesen eine besondere Bedeutung zukomme. Von den 2 Milliarden, die bisher insgesamt aus Haushaltsmitteln des Reiches zur Verfügung gestellt wurden, würden der Bauwirtschaft etwa 1850 Millionen zugeflossen sein. Krohn forderte die Erleichterung der Wirtschaft von den öffentlichen Lasten und Maßnahmen zur Inangasetzung des Kreditapparates, um zu verhindern, daß die Wirtschaftsbelebung sich nicht wieder totlaufe.

Sodann ergriff der Generalinspekteur des deutschen Straßenbaues, Dr.-Ing. T o d t , das Wort über die Frage

Die Straßenbauten der Reichsregierung

Unter den großen Aufgaben des Wiederaufbaues würde der Straßenbau zu den wichtigsten gehören. Unser Glaube an einen Wiederaufbau sei derart zermürbt worden, daß man mißtrauisch war, als das Straßenbauprogramm der Reichsregierung veröffentlicht worden sei. Die Grundideen des Straßenbauprogramms seien auch völlig verschieden von dem bisherigen Verfahren. Das Kennzeichen des Straßenbaues sei die Vielheit der Verwaltungen gewesen. Jeder habe den ihm zustehenden Teil bebaut. Es fehlte eine starke führende Hand. Zu dieser Uneinheitlichkeit kam eine geistige Haltung, die unmöglich war. Es wurde vergessen, daß jede Aufgabe einer großen Einstellung bedürfe und daß Straßenbau keine Verwaltungsaufgabe sei. Viele aufrechte Männer hätten in den letzten Jahren versucht, den Straßenbau zu heben, hätten jedoch zu wenig Widerhall gefunden. Da kam Adolf Hitler und entwickelte im Mai sein großes Programm für den Straßenbau, von dessen Großzügigkeit jedermann überrascht war. Unsere Straßen sollen noch nach Generationen Zeugnis ablegen von dem Geist unserer Zeit. Das sei der Wille des Führers. Der Straßenbau, der eine gewaltige technische Idee ist und kein Straßenbau im üblichen Sinne, soll Brot für 200 000 bis 300 000 Menschen schaffen.

Der erste Gedanke sei ein technischer. Zwischen der technischen Entwicklung der Kraftwagen und jener der Straßen sei ein starkes Mißverhältnis eingetreten. Dieses Mißverhältnis zwischen Weg und Maschine sei jedoch in keiner Weise ein Problem mehr. 1926 begann etwa der neuzeitliche Straßenbau. Jedesmal wenn eine Strecke beendet war, mußte man erkennen, daß die Verkehrsentwicklung fortgeschritten war. Aus dieser nur für die Gegenwart arbeitenden Einstellung her hat uns der Führer herausgerissen, der uns veranlaßte, Straßen zu bauen, die noch in künftigen Generationen Verkehrswert besitzen. Ein große Zahl von Arbeitslosen soll in den Steinbrüchen Deutschlands beschäftigt werden. Der technische Gedanke ist also, im Laufe der nächsten 5 bis 10 Jahre ein weitverzweigtes Netz von Autobahnen zu legen. Es sei ein geschlossenes Netz, das an die Stelle der bisherigen Bahnen treten wird, keine Verbindungen von zwei Punkten. Wir könnten unmöglich eine Teilstrecke, wie etwa die Verbindung Leipzig—Halle, beginnen, bevor nicht die großen Gesichtspunkte des Gesamtnetzes festlägen.

Die technische Durchbildung sei ja bekannt. Man würde sich die größte Mühe geben, die Landschaft an den schönsten Punkten zu erreichen. Auf der Strecke München—Salzburg würde man zuerst durch Wald kommen, dann durch ein Alpental über einen Viadukt und über einen Aussichtspunkt, dann würde der Inn überschritten, vorbei an der Kampenwand würde dann der Chiemsee vor dem Beschauer liegen, an dem man mit abgestopptem Motor vorüberfahren könne. Das bisherige Straßennetz würde trotzdem in keiner Weise vernachlässigt werden, denn ein Verkehr, der sich heute auf etwa 200 000 km Straßennetz abspielt, könne zunächst nicht von 5000 bis 7000 km aufgenommen werden. Die bisherigen Straßen würden Zubringer und das gesamte Straßennetz einheitlich geleitet.

Der zweite Gedanke der Idee sei verkehrspolitisch. Die Reichsbahn sei das größte Verkehrsunternehmen der Welt. Ihr einziges Instrument sei bisher die Reichsbahn gewesen. Dieses Instrument könne den Verkehr, der aus Sammeln, Fahren und Verteilen bestünde, nicht erledigen. Wirtschaft und Verkehr drängten beide darauf, daß diese drei Funktionen in einem Fluß erledigt werden könnten. Der heutige Verkehr schreie geradezu nach anderen, besseren Lösungen. Deshalb der Gedanke des

Führers, der damit die heftigen Kämpfe, wie sie noch 2 bis 3 Monate vorher bestanden, mit einem Schlag beseitigt habe. Die kommende Zeit würde große Vorteile aus diesem doppelten Verkehrsproblem haben. Wir würden auch hier sehen, daß Hitler wie ein großer Baumeister alle Steine, die sich bisher nicht eingeordnet haben, nimmt und sie zu dem großen Totalbild, dem Aufbau Deutschlands, fügt.

Todt sieht in der Baumesse eine der ersten Mobilmachungen der kommenden Bautätigkeit. Wer jetzt noch nicht rüsten würde, der würde nicht mehr den Namen eines Unternehmers verdienen. Todt beurteilt die Bauwirtschaft denkbar günstig. Wir hätten jahrelang Raubbau getrieben und beispielsweise aus mehreren Maschinen eine gemacht, um uns notdürftig über Wasser zu halten. Diese Zeit sei nun vorbei. Man habe nie eine größere Verpflichtung dazu gehabt, seinen Park zu rüsten wie heute. Man möge sich jedoch nicht zu stark auf den Straßenbau stürzen und daran denken, daß auch für den Straßenbau die Zeit komme, wo die Bautätigkeit zurückgehe. Todt schloß mit dem Appell, in der ersten Leipziger Baumesse im neuen Reich den ersten Mobilmachungstag der Bauwirtschaft für die kommenden Jahre zu sehen.

DEUTSCHER GENOSSENSCHAFTSTAG 1933

Der 69. Genossenschaftstag Berlin 1933 erhielt seine starke politische Note durch die in der geschlossenen Mitgliederversammlung am 25. August von Dr. Kunze mitgeteilten Richtlinien für die zukünftige Verbandsarbeit und durch die in der öffentlichen Mitgliederversammlung am 26. August vom Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Gottfried Feder gehaltene Rede.

Ausführungen von Dr. Kunze

Leitende Gesichtspunkte waren folgende: Der Deutsche Genossenschaftsverband hat sich in die Reichsstände des Handwerks und des Handels eingegliedert. Die Kreditgenossenschaften sollen unter Vermeidung jedes Zuviel oder Zuwenig an Krediteinrichtungen und möglicher Ausschließung der Filialbetriebe das Personalkreditgeschäft bis in die kleinsten Gemeinden hinein restlos erfassen. Branchebanken werden abgelehnt. Das Depositenrecht sei reformbedürftig; insbesondere müsse der Begriff der Mündelsicherheit revidiert, weniger eng als bisher gefaßt werden. Warengenossenschaften sollen wie Großhändler behandelt werden. Für das genossenschaftliche Bankwesen müsse eine möglichst breite und tragfähige Basis geschaffen werden unter stärkster Betonung der Gemeinnützigkeit. Das Depositenbankgeschäft sei zu trennen von der langfristigen Finanzierung. Subventionspolitik sei in Zukunft zu vermeiden. Die Kreditverteilung soll ausschließlich nach volkswirtschaftlichen und volksbiologischen Gesichtspunkten orientiert sein. In Angleichung an das herrschende Regierungssystem soll das Führerprinzip wie in den Reichsfachverbänden und Innungen auch in den Revisionsverbänden und Genossenschaften durchgeführt werden.

Ausführungen des Staatssekretärs G. Feder

Der Staatssekretär bemerkte einleitend, daß er weniger als Staatssekretär denn als nationalsozialistischer Politiker rede. Nach einem Rückblick auf den Weg, den die NSDAP bis zum heutigen Tage zurückgelegt hat, versicherte er, daß die programmatischen Gedanken, mit

denen die NSDAP vor fünfzehn Jahren auf dem politischen Kampfplatze erschienen war, auch heute noch unverwischbar den Kern ihres politischen Wirtschaftsprogrammes darstellten.

Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit sei jetzt die wichtigste Aufgabe der Reichsregierung. Um sie wirksam bekämpfen zu können, müsse man sich über ihre Ursachen klar sein. Erste Ursache sei die marxistische Mißwirtschaft gewesen. Die Sozialisierungsexperimente haben den größten Schaden angerichtet. Zweite Ursache sei der Versailler Vertrag mit seinen wahnsinnigen Entschädigungsansprüchen. Zerstörend habe auch die marxistische Klassenkampfidée gewirkt. Durch die horizontale Gliederung sei das Volk in einzelne Teile zerschnitten worden, anstatt daß es nach den großen sachlichen Aufgaben zusammengeschlossen worden wäre. Tiefstliegender Grund der Arbeitslosigkeit aber sei die Weltwirtschaftskrise. Ihre Ursache sei im wesentlichen, daß wir uns nicht mehr im Aufstiege des technischen Zeitalters, sondern im Niedergange desselben befinden, daß der Kulminationspunkt der volkswirtschaftlichen Verwertung der technischen Produktion überschritten sei. Die produktive Entfaltung der Technik übersteige bereits die Aufnahmefähigkeit der Volkswirtschaft. Der Bedarf sei gedeckt. Das gelte im besonderen auch für die Elektrotechnik. Es mangele um so mehr an Bedarf für neue Maschinen, als auf dem Markt jede neue Erfindung Todfeind der letztvorangegangenen sei. Es räche sich jetzt an der Maschine, daß sie Millionen Arbeitshände erwerbslos gemacht habe. Dadurch, daß diese Millionen infolge der Verarmung aufhören, Verbraucher der Maschinenerzeugnisse zu sein, lassen sie die Maschinen zu Alteisen werden.

Der Generalplan der Reichsregierung zur Niederrückung der Arbeitslosigkeit greife diese auf drei verschiedenen Wegen an:

1. dem psychologisch-politischen,
2. dem wirtschaftlich-technischen,
3. dem finanzpolitischen.

Zu Punkt 1: Weltwirtschaft könne nur den Sinn haben: daß rohstoffarme, aber industriereiche Länder in Tauschverkehr treten mit rohstoffreichen und industriearmen Ländern. Deutschland habe wohl nötig, Rohstoffe, wie Baumwolle, Wolle, Kupfer, Mineralöl u. dgl. m., einzuführen (1928/29 für rd. 7 Mrd. RM); aber unsinnig sei es, wenn es Güter einführen lasse, die in Deutschland selbst erzeugt werden können. Beispielsweise seien eingeführt worden 1928/29 für 4,2 Mrd. RM Lebensmittel (darunter Gemüse, Obst, Südfrüchte für 755 Mill. RM) und für 2,5 Mrd. RM Fertigwaren (darunter Fertig-Eisenwaren für 338 Mill. RM). Dank der Leistungsfähigkeit seiner chemischen Industrie könnte Deutschland sich auch beim Bezuge gewisser Rohstoffe unabhängiger vom Auslande machen, z. B. beim Mineralöl. Durch Einfuhr im Werte von je 2000 RM ungefähr werde so eine Arbeiterfamilie der Not der Arbeitslosigkeit ausgeliefert, für rd. 6 Milliarden Einfuhr in Deutschland von Produkten, die es selbst zu erzeugen vermag, erscheinen in der Statistik 3 Millionen erwerbslose deutsche Arbeiter, d. h. mit ihren Familien 10 Millionen deutscher Volksgenossen. Natürlich müsse den Erfordernissen der Auslandspolitik dennoch Rechnung getragen werden.

Zu Punkt 2 betonte der Redner die Notwendigkeit der zentralen Regelung gemäß dem Führerprinzip zugleich aber auch den Wert der schöpferischen Privatinitiative. Die schöpferische Persönlichkeit sei das A und O jeder Wirtschaftsführung. Bei aller Schätzung der Privatinitiative müsse aber doch die oberste Leitung beim Staat liegen. Durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung solle die Wirtschaft angekurbelt werden (Initialzündung). Durch den Bau von Automobilstraßen werden der Automobilindustrie goldene Tage bereitet. Gleiche Wirkung werde ausgehen vom Wasserstraßenbau. Bis zum März habe es 3000 verschiedene Straßenbauverwaltungen in Deutschland gegeben. Heute sei nach dem Führerprinzip die Gesamtaufgabe in die Hand eines Generalinspektors gelegt, und so werde auch für den Wasserstraßenbau für jeden großen Strom ein verantwortlich Führender an die Spitze gestellt werden.

Die Siedlungsunternehmen der öffentlichen Hand wurden vom Redner nur sehr kurz gestreift: Man habe zu unterscheiden zwischen Stadtrand- und bäuerlicher Siedlung. Eindringlich müsse davor gewarnt werden, in einer Stadtrandsiedlung Menschen anzusiedeln, für die nicht in derselben Stadt Dauerarbeit beschafft werden könnte. Das wichtigste sei die bäuerliche Siedlung. In der landwirtschaftlichen Ostsiedlung läge eine der bedeutungsvollen Aufgaben der deutschen Nation.

Die Erneuerung des Althausbesitzes werde in großzügiger Weise fortgeführt. Eine alte nationalsozialistische Forderung sei, die Hauszinssteuer aufkommen ausschließlich dieser Aufgabe zuzuführen; dann, nur dann lasse sich diese Steuerart überhaupt wirtschaftlich rechtfertigen. In absehbarer Zeit werde die Hauszinssteuer ganz verschwinden. Solange sie aber noch bestehe, müsse von zentraler Stelle darüber gewacht werden, daß sie wirklich gerechterweise verausgabt werde. So müsse vor allem auch immer wieder daran gedacht werden, wie in gleichem Verhältnis auch Hausbesitzer entschädigt werden, die heute schon ihre Häuser in Ordnung gebracht haben. Hierüber werden im Schoße der Reichsregierung andauernd Erwägungen gepflogen, und diese hoffe, gerade in dieser wohnungspolitischen Teilaufgabe ein wichtiges Mittelstück gefunden zu haben für die Durchführung großzügiger Pläne auf lange Sicht. Wenn die Hausreparaturen in etwa 100 000 Orten plötzlich schlagartig aufgenommen wer-

den, könnte eines der wichtigsten Schlüsselgewerbe, das Baugewerbe mit seinen zahlreichen höchstbedeutsamen Hilfsindustrien, ebenfalls schlagartig in lohnende Beschäftigung gesetzt werden.

Zu Punkt 3. Die Reichsregierung beschäftige sich eingehend mit dem Ausbau des Kreditapparates für die Arbeitsbeschaffung. Einzelheiten könnten der Öffentlichkeit nicht mitgeteilt werden, bevor das Kabinett nicht Stellung dazu genommen hätte. Aber er wolle hier erneut aussprechen, was vom Nationalsozialismus seit Jahren gefordert werde: daß es notwendig sei, den Zins zu senken. Es sei ein Wahnsinn zu glauben, daß die deutsche Wirtschaft eine Verschuldung von rd. 90 Mrd. RM (17 bis 18 Mrd. RM Auslandsschulden, 70 bis 80 Mrd. RM innere Schulden) zu tragen vermöchte. Zinssätze von 8 bis 12 v. H. und höhere seien unerträglich. Somit spitzten sich alle Probleme doch zu auf die Forderung der Brechung der Zinsknechtschaft. Den Zins als eine Rechnungseinheit könne man allerdings nicht abschaffen, aber das Primat gehöre der Arbeit und nicht dem Zinsanspruch des Finanzkapitals. Um zum Ziele zu kommen, sei es nötig, den öffentlichen Kreditapparat zu reorganisieren und eine Funktion in die Hand des Staates zu legen, die ihrem Wesen nach dorthin gehöre.

Nach der nationalsozialistischen Wirtschaftslehre seien in jeder Wirtschaft drei Hauptfunktionen zu unterscheiden: Produktion, Zirkulation und Konsumtion. Es gäbe Wirtschaftsfunktionen, in die der Staat eingreifen müsse, und andere, die er der Privatinitiative überlassen müsse. Der Nationalsozialismus lehne Sozialisierungsexperimente im Bereiche der Produktion ab. Die schöpferische und selbstverantwortliche private Führerpersönlichkeit in der Wirtschaft könne auch durch den tüchtigsten Beamten nicht ersetzt werden. Ganz anders aber läge es auf dem Gebiete der Zirkulation, der Funktion, die sich zwischen Produktion und Konsumtion zwischenschalte (Handel, Verkehr, insbesondere Geldverkehr). Man könne nun den „Königlichen Kaufmann“ ebensowenig durch den Staatsapparat ersetzen wie man den Handel verstaatlichen könne. Aber gewisse Funktionen gäbe es, in die der Staat regulierend einzugreifen hätte: z. B. die Lebensmittelversorgung, damit die Preisspanne zwischen Erzeuger und letztem Verbraucher nicht zu groß werde. Das Gebiet der Zirkulation sei aber überwuchert vom jüdischen Geist, und das Geldverkehrswesen sei ureigene Domäne der Juden anzusehen. Hier müsse der Staat kontrollierend eingreifen und unberufene Kräfte dabei ausschalten. Dasselbe gelte in erhöhtem Maße noch für den Geldverkehr und für das Kreditwesen. Hier vor allem heiße es: Gemeinnutz vor Eigennutz.

Es gebe außerdem Wirtschaftszweige, die allmählich aus der privatwirtschaftlichen Sphäre in die der öffentlichen Hand hineinwüchsen, z. B. die Elektrizitätsversorgung stehe heute an dieser Schwelle. Es sei unerträglich, daß der Tarifpreis der Kilowattstunde nach Ortsbezirken schwanke zwischen 4 und 60 Pfennig.

Zur Frage des ständischen Aufbaues bemerkte der Redner: dieser Aufbau vollziehe sich auf dem Fundament der Deutschen Arbeitsfront in einer Dreigliederung:

1. Berufsverbände, die in erster Linie der weltanschaulichen Erziehung dienen;
2. wirtschaftlicher Aufbau, der den konkreten sachlichen Aufgaben des Erwerbslebens dient;
3. geistige Zusammenfassung zwischen Weltanschauung und spezifischen Berufsfragen.

Der Redner versichert zum Schluß, daß die hier entwickelten Gedanken im Programm der NSDAP festgelegt

seien, daß sie das Ergebnis seien immer wieder erneuter Selbstkritik. Die nationalsozialistischen Führer, die seit 15 Jahren fest zueinander stünden, wußten, was sie Gott und dem deutschen Volke schuldig seien, und daß sie nicht das Recht hätten, auf ihren führenden Posten zu stehen, wenn sie nicht klar das große Endziel sähen.

Jahresbericht des Genossenschaftsverbandes

Den Bericht erstattete zum Schluß der Versammlung der Anwalt des Verbandes, Dr. Lang. Nach seiner Auffassung „steht das Gesamtbild der Kreditgenossenschaften im Berichtsjahr 1932 nicht mehr im Zeichen der Fortentwicklung der deutschen Wirtschaftskrise, vielmehr ihres Abschlusses“. Die eigenen Mittel der Genossenschaften sind von rd. 81 Mill. RM in 1924 auf rd. 327 Mill. RM (das Vierfache) bis 1930 angewachsen. 1931/32 verminderten sie sich um 40 Mill. RM. Die fremden Mittel innerhalb des Betriebskapitals sind noch stärker zurückgegangen. Das eigene Kapital betrug im Verhältnis zur Bilanzsumme bei den Genossenschaften noch über 19 v. H., bei 67 Kreditbanken nur rd. 12 v. H. Die fremden Gelder sind seit der Inflation bis 1930 von 238 auf 1522 Mill. RM (über das Sechsfache) gestiegen. Sie sind seit der Bankkrise im Juli 1931 auf 1263 Mill. RM im Jahre 1931 und 1099 Mill. RM im Jahre 1932 gesunken. Innerhalb zweier Jahre haben die gewerblichen Kreditgenossenschaften über 400 Millionen RM ihrer Bilanzsumme und ihrer Einlagen verloren. Das kurzfristige Kreditgeschäft hat um rd. 400 Mill. RM abgenommen. Die optimistische Beurteilung der Lage durch den Berichtersteller findet z. T. ihre Begründung in

der Tatsache, daß 1933 in zunehmender Weise wieder ein Überwiegen der Einzahlungen gegenüber den Auszahlungen von Einlagen sich bemerkbar macht.

Bei den Warengenossenschaften ist 1932 die Bilanzsumme von 251 auf 226 Mill. RM und der Umsatz von 1074 auf 956 Mill. RM zurückgegangen. Belebt hat sich der Umsatz in den Genossenschaften der Holz- und metallverarbeitenden Gewerbe, der Maler, Sattler, Polsterer, also der vom Baumarkt besonders abhängigen Gruppen. Bei den Baugenossenschaften der Mieter zeigte sich 1932 eine rückläufige Bewegung. Fast 200 Genossenschaften wurden aufgelöst, neue selten gegründet. In der Zwecksparkassenbewegung bemüht sich seit Juli 1932 ein Reichsbeauftragter, Ordnung zu schaffen. Zahlreiche Notverordnungen haben den Existenzkampf der Genossenschaften erschwert. Der Vollstreckungsschutz bei Grundstücken läßt Zinsen und Steuern anwachsen. Die Verluste für den Kreditgeber werden größer; Versicherungsgesellschaften und Hypothekenbanken erschweren das Stillhalten gegenüber den Schuldner und stellen für Übernahme der l. Hypotheken unerträgliche Bedingungen. Die Osthilfenotverordnung zwingt vollends den Genossenschaften Forderungsnachlässe auf und finde sie mit Entschuldungsbriefen ab, die kaum verwertbar seien. Von einer Änderung der Revisionsbestimmungen des Genossenschaftsgesetzes, insbesondere auch von einer Zentralisierung des Revisionswesens bei einer Treuhandgesellschaft und dergleichen mehr versprechen sich die Genossenschaften wenig.

V. Noack

BITUMEN ALS SPERR- UND DÄMMSTOFF BEI KÜHLANLAGEN

Architekt Helmut Hille, Zittau, Mitglied des Technischen Werkbundes e. V. / 9 Abbildungen

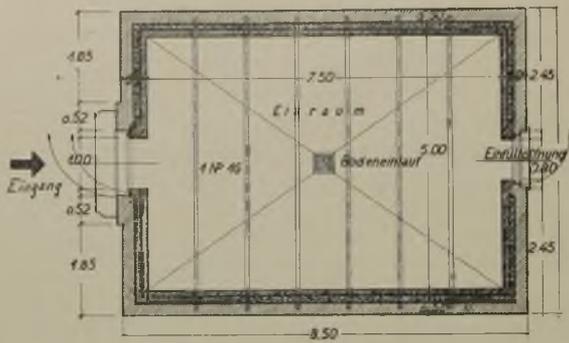
Technik und Forschung der Industrie moderner Baustoffe wandeln die Anwendung der Materialien, sie führen zu Umwandlung und Auflösung von Arbeitsweisen und zur Umstellung in der Materialanwendung. Gegen früher kommt besonders der Materialanwendung in geeigneter und sachlicher Durcharbeitung besondere Bedeutung zu, wobei sich der Verwendungskreis außerordentlich erweitert und neue Anwendungsmöglichkeiten schafft. Technik und Chemie finden in der Baukonstruktion größeren Eingang, Technik und Chemie erzeugten Baustoffe zur Bausicherung in neuer Form, und Technik und Chemie verbessern und veredeln früher zur Anwendung gelangende Dämm- und Sperrstoffe, weil es der Fortschritt gebieterisch verlangt und weil auch durch die Erweiterung und Einführung wirtschaftlicher Forderungen in der Bautechnik größte Beachtung der technischen Sonderfälle im Bauwesen gefordert wird.

So beschränkt sich die Anwendung der neuen Bitumen-sperr- und -dämmstoffe nicht mehr nur auf die Dachungen und Gründungs-Isolierungen; gerade die bautechnischen Sonderfälle werden durch die Anwendung der Bitumenstoffe dem bestimmten Zweck eher entsprechen und so den gestellten Anforderungen gerecht. Sie helfen eine geeignete Wirkungsweise der Anlage schaffen.

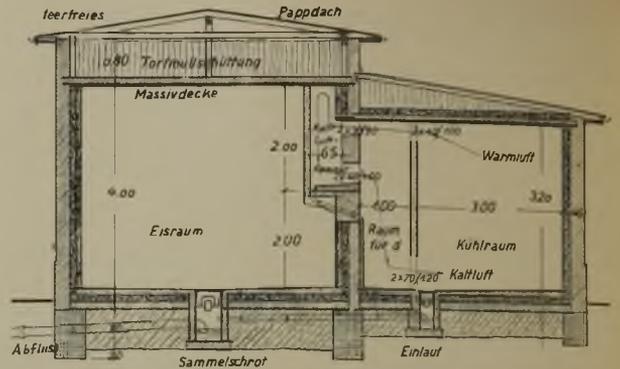
Allgemeine Gesichtspunkte für Eislager und Kühlraum

Mit bautechnischem Sonderfall möchte ich gerade die Anlage von Eislagern und Kühlräumen be-

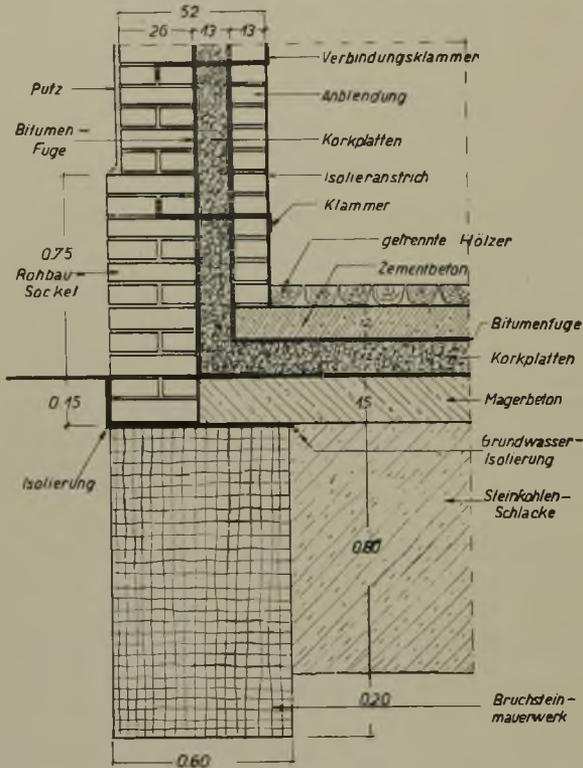
zeichnen. Unsere auf Hygiene und Gesundheit eingestellte Zeit gibt solchen Anlagen besondere Bedeutung, es wird eine hohe zweckmäßige Ausnutzung des gelagerten Eises und eine wirksame Frischhaltung der Waren gefordert. Die Eigenart dieser Waren stellt hohe Anforderungen an das Bauwerk, die nur erfüllt werden können, wenn die Sicherung, Dämmung und Sperrung gegen äußere und innere Einflüsse und Temperaturverluste durch geeignete Baustoffe in wirksamer Konstruktion erfolgt. Neben dieser Anwendung dämmender Baustoffe sind die Erscheinungen zu berücksichtigen, von denen ebenfalls ein guter Wirkungsgrad der Anlage abhängt, sie umfassen in der Hauptsache die richtige Wahl des Gebäudestandortes, der ganz trocken und grundwasserfrei sein sollte; auch die Frage der Verwendung alter Baulichkeiten zu Kühlanlagen ist sehr ernsthaft zu prüfen, denn Räume, deren Mauerwerk nicht durchaus trocken ist, sondern durch ihre frühere Benutzung der verschiedensten Art irgendwie verseucht oder durch Grundwasservorkommen immer wieder der Feuchtigkeit ausgesetzt sind, eignen sich keinesfalls als Eisbehälter und Kühlräume. Das ist besonders deshalb nicht der Fall, weil in ihnen auch selbst bei den besten Einrichtungen und Sicherungen die Kühlluft nicht so rein und frisch gehalten werden kann, wie es diese Räume unbedingt erfordern. Die verunreinigte Luft schädigt nicht nur die zu kühlenden Waren, sondern sie überträgt auch die Krankheit ihrer Verunreinigung auf neue Gebäude und die Einrichtungen, auf die Baustoffe und zerstört diese vorzeitig. Es sollten daher frühere Waschküchen, Kochanlagen, Aborträume,



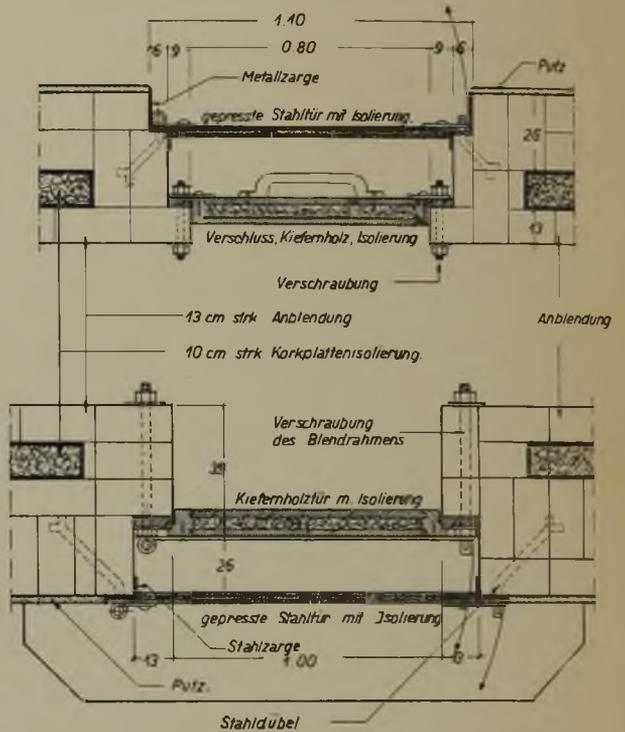
1 Eishaus für Natureis. Grundriß 1: 150



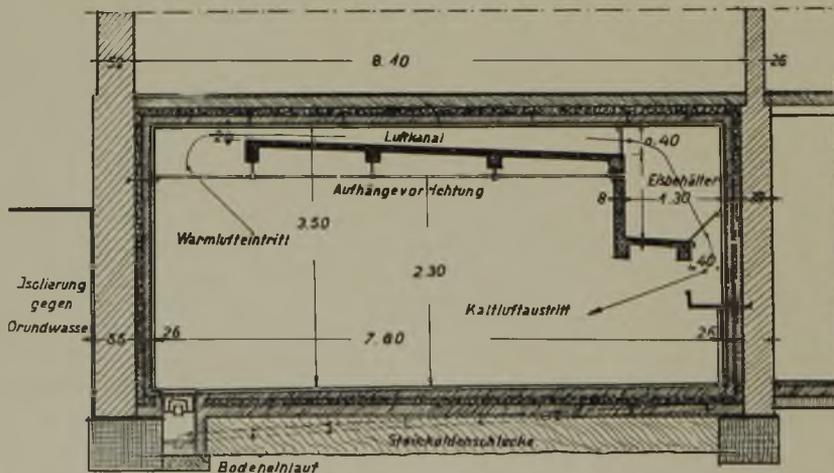
2 Querschnitt mit seitlichem Kühlraum. 1: 150



3 Teilschnitt am Fußboden. 1: 25



4 Ausbildung der Tür- und Fensteröffnungen



5 Natürliche Kühlung

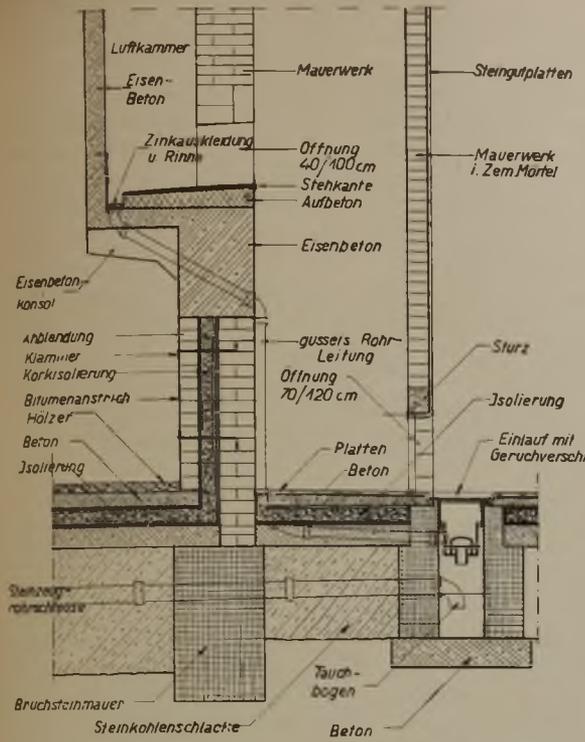
Querschnitt mit Eisbehälter 1: 100

Stallungen und sonstige Räume, in denen früher mit besonderer Nässe und Feuchtigkeit gearbeitet wurde, nicht zu Kühlanlagen und Eislagern umgebaut werden. Auch als Grenzbaulichkeiten sollten sie vermieden werden oder müssen dann sehr gut und sicher isoliert werden.

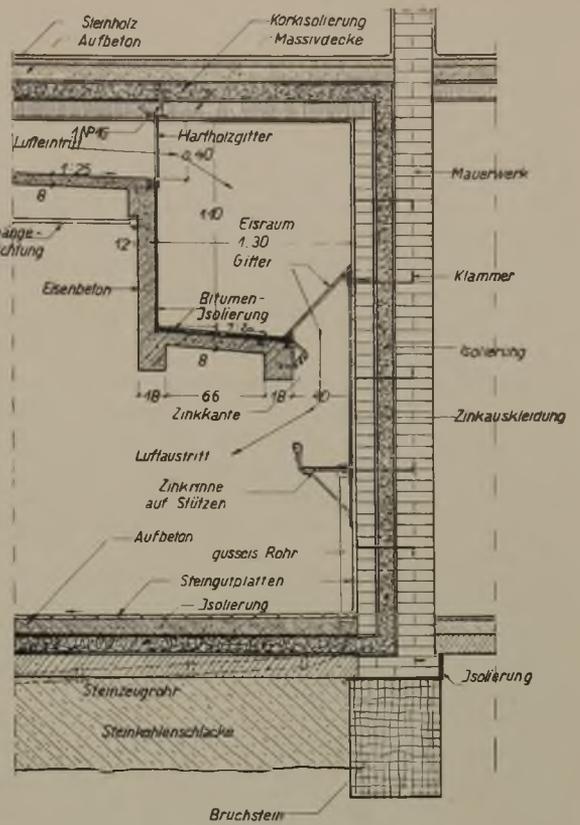
Anforderungen an die Isolierung

Kein Kühlraum aber arbeitet wirtschaftlich und sicher, wenn die geeignete Isolierung der Räume nicht beachtet

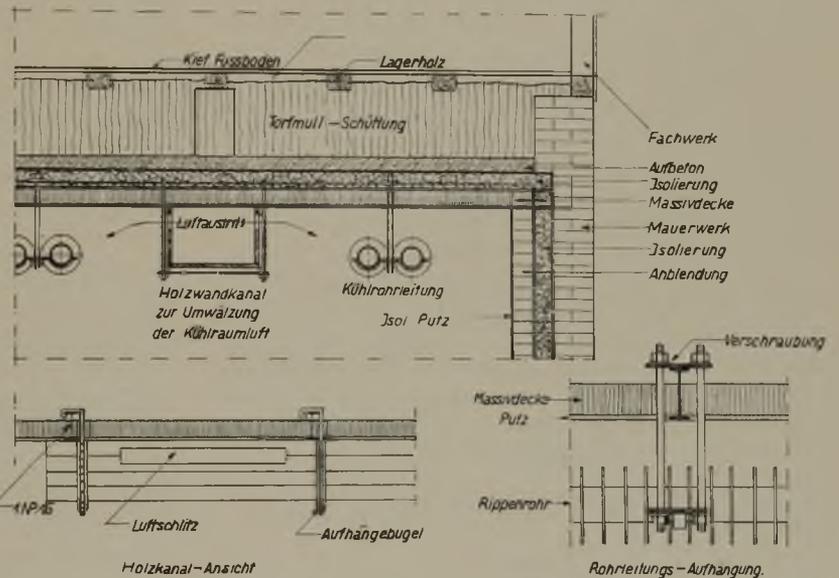
wurde sowie die Anwendung des hierzu besonders praktischen Schutzmaterials unterblieben ist. Kälteverluste sind eben nur durch die Anordnung einer guten Schutzkleid-Konstruktion zu verhindern. Denn die Erzeugungskosten der benötigten Kälte-temperatur sind bei Natureiskühl-anlagen wie bei maschinellen Kühlanlagen relativ immer recht hoch. Als Schutzkleid eignen sich Dämmaterialien, deren verhältnismäßig kleine Hohlräume unter sich und auch von der Außenluft der Umgebung völlig getrennt



6 Kammer für den Luftwechsel 1 : 50
 7 (rechts) Teilschnitt des Eisbehälters 1 : 50
 6 u. 7 Natürliche Kühlung



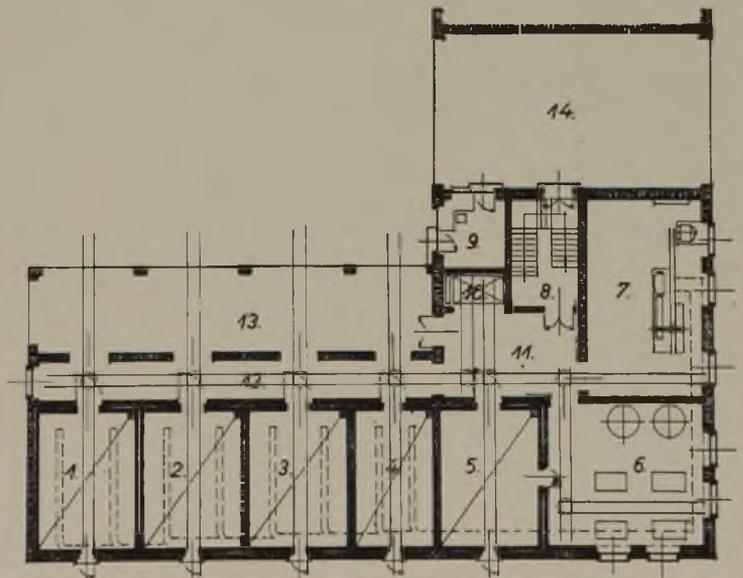
8 Maschinelle Kühlanlage



Aufhängung der Rohrleitungen

9 Maschinelle Kühlanlage

- Erklärung zu 9:
 1—4 Kühlraum
 5 Eisraum
 6 Eiserzeugung
 7 Maschinenraum
 8 Treppenhaus
 9 Pfortner
 10 Aufzug
 11 Vorraum
 12 Gang
 13 Ged. Laderampe
 14 Durchfahrt



Grundriß 1 : 400

sind, sie muß vollkommen stillstehen, d. h. ruhen und absolut trocken bleiben. Streu, Sägespäne usw., also hygroskopische Materialien, scheiden für die Schutzkleidzwecke vollkommen aus, denn die von außen eindringende warme Luft kühlt sich hier bei Durchstreichen ab und schlägt sich als Tau im Füllstoff der Isolierung nieder; dieser Tau bedingt dann einen Fäulnisprozeß, der dem Bauwerk außerordentlich schadet und die Kühlraumluft verseucht. Wenn auch gerade das Schutzkleid der Kühlanlage einen größeren Kostenaufwand erfordert, so sollte doch dieser nicht gescheut werden, weil von der guten Wirkungsweise des Schutzkleides der Nutzeffekt der Anlage abhängt.

Als Dämm- und Sperrschutzkleid können daher nur solche Stoffe verwendet werden, die die Eigenschaft im höchsten Maße besitzen, mit trockner Luft viele Luftzellen in sich zu vereinen und daß diese Zellen vor allem die Luft auch dauernd trocken halten. Kork entspricht dieser Anforderung in hohem Maße. Unter dem Mikroskop stellt sich seine Struktur als ein winziges Gewebe, bestehend aus kleinsten Hohlräumen, den Zellen, dar, die so klein werden, daß sie mit dem bloßen Auge nicht mehr erkenntlich sind. Korkschröt mit Naturbitumenmasse gebunden, in Form von gepreßten, wasserdichten, -beständigen und -abweisenden, imprägnierenden und luftdichten Platten gestattet die höchsten Anforderungen als Kühlanlagenschutzkleid in den verschiedensten Stärken. Durch die Geruchlosigkeit eignen sich diese Korkschröt-Bitumenplatten zur Dämmung und Sperrung bei Lebensmittelkühlanlagen außerordentlich. Als Verbindung bei Ansetzen der Platten, gleichzeitig als Luftdichtung des Mauerwerkes dienen Naturbitumenbindemittel. Mörtel kann hierbei nicht verwendet werden, weil damit keine gute Verbindung entsteht. Dieses Korkplattenschutzkleid wird im Mauerwerk verlegt, wie im folgenden noch näher beschrieben ist; es wird so eine hygienisch einwandfreie und wirtschaftlich arbeitende Kühlanlage geschaffen, deren Wartungskosten auf das kleinste Maß herabgedrückt werden konnten.

In den Anlagen zur Aufbewahrung von Natureis verwenden wir die Bitumendämm- und -sperrstoffe in den verschiedensten Bindungen in besonderer Häufigkeit. Solche Eishäuser werden sich zur Errichtung besonders dort empfehlen, wo eine Natureisgewinnung in großer Billigkeit möglich ist und wo diese daher der maschinellen Erzeugung des Eises vorzuziehen ist.

Beispiel vom Kühlraum ohne maschinellen Betrieb

Das Eishaus, Grundriß Abb. 1, ist im vorliegenden Fall als ein alleinstehendes Gebäude gedacht und hat eine nutzbare Fläche von 37,50 qm und einen Inhalt von rund 155 cbm. Da hier nur eine Aufbewahrung von Natureis in Frage kommt, sind die Innenwände nicht verputzt, sondern mit einem Bitumenanstrichmittel zweimal gut deckend behandelt worden. Die in folgenden Worten und Abbildungen geschilderte Ausführungsart hat sich in der Praxis außerordentlich gut bewährt und ist so ähnlichen Konstruktionen vorzuziehen.

Abb. 3 zeigt einen Teilschnitt des Bauwerkes am Sockel in großem Maßstabe. Die äußere Umfassung wird 26 cm stark ausgeführt, hieran ist ein 12 cm starkes Korkplattenschutzkleid vorgesehen, und an dieses wird eine 13 cm starke Klinkermauer angeblendet. Die Gründungen sind noch 20 cm tiefer als die Schlackenschicht herzustellen. Auf die gut abgerammte Schlacke wird dann eine 15 cm starke Magerbetonlage aufgebracht. Die Platten der Korkschutzschicht werden in gutem Verbände versetzt, gegenseitig und an den Wänden seitlich wird als Bindemittel Spezialbitumen-

masse verwendet. Damit nun die Mauern zu beiden Seiten der Schutzschicht auch gegenseitig guten Verband erhalten, sind nach je sieben Schichten in verschiedenen Abständen starke Eisenklammern mit einzumauern. Die Innenseite der Umfassung wird nur mit Bitumenmasse gestrichen, damit erstens die Eisblöcke nicht am Mauerwerk anfrieren, und zweitens würde auch der Putz zu leicht abgestoßen werden. Der Fußboden ist gleichfalls sehr gut zu schützen gegen die Erdwärme, aufsteigende Erdfeuchtigkeit und das Grundwasser. Als erste Schicht ist eine etwa 80 cm starke Schlackenschicht, die lagenweise eingebracht wird, vorzusehen, hierauf folgt die Magerbetonschicht, und erst nachdem diese vollkommen ausgetrocknet ist, wird nun auch im Fußboden das Korkplattenschutzkleid aufgekittet und verlegt. Hierauf kommt dann die gute Betonschicht mit Glatstrich und Gefälle nach der Mitte zum Bodeneinlauf hin. Gegen eindringende Schleusendünste schützt der Tauchbogen des Ablaufes. Das Anfrieren des Eises am Fußboden verhindert und einen guten Ablauf des Schmelzwassers gestattet ein Stangenrost, auf dem Fußboden liegend. Das gegenseitige Zusammenfrieren des Eises wird verhindert durch Zwischenstreuen von Viehsalz. Als Decke wird nach dem Schnitt Abb. 2 eine massive Hohlsteindecke zwischen I-Trägern vorgesehen. Die Unterseite der Decke wird mit reinem Zementmörtel verputzt, die Trägerflanschen werden ummantelt. Die Hohlsteine sind 15 cm stark. Auf die Decke wird als Schutz eine etwa 70 cm starke Torfmüllschüttung, lagenweise leicht abgerammt, eingebracht. Das Dach besteht aus Holzkonstruktion, der Dachbelag aus zwei Lagen Asphaltbitumenpappe (teerfrei).

Die Abb. 4 bringt die Konstruktionen der Tür- und Einfüllöffnungen, die möglichst klein angeordnet werden müssen und sehr dichten Verschluss erhalten, der aus Doppeltüren besteht. Die Türen können durch verschraubbare Verschlüsse fest an den Rahmen gepreßt werden. Für die Innentüren wird bestes Kiefernholz verwendet, die Füllungen werden doppelwandig mit 4 cm starker Torfplattenisolierung ausgeführt. Die Außentüren können entweder doppelwandige isolierte gepreßte Stahltüren oder ebenfalls Holztüren mit Isolierung sein. Die Türen müssen nach außen schlagen, damit der Innenraum voll ausgenutzt werden kann. Der Fußboden sollte mindestens 15 cm über dem Gelände liegen, damit das Regenwasser nicht durch die Türöffnungen in den Raum dringen kann. Zur leichteren Einbringung sind je eine Einfüllöffnung dicht unter der Decke und in Mannhöhe anzuordnen.

Der Schnitt wird nun durch die Abb. 2 noch näher erläutert. Zur besonderen Ausnutzung der Eislagerräumkälte wurde hier seitlich ein Kühlraum angebaut, von der nach dem Eisraum eingebauten Kaltluftkammer wird im physikalischen Kreislauf die warme und hier abgekühlte Luft durch die Vorkammer über Luftschlitze dem Kühlraum zugeführt. Diese Anlage ist außerordentlich preiswert in der Erstellung, weil keine maschinellen Anlagen zur Kälteerzeugung, die durch das Natureislager hervorgerufen wird, nötig sind. Als Dämm- und Sperrstoff erhält auch hier Bitumen eine hohe Bedeutung.

Ein Detail der konstruktiven Durchbildung gibt die Abb. 6. Die Fußboden- und Wandausführung ist die gleiche wie in Abb. 3. Kaltluftkammerwand und Boden sind Eisenbeton, auf dem Boden wird noch eine Aufbetonschicht mit im Beton liegender Rinne angeordnet. Die Boden- und Rinnenauskleidung ist Zinkblech; dieses schützt eine Bitumenmasseschicht zwischen Beton und Zink vor Zerstörung durch chemische Einflüsse des Betons. Die Schleusenrohre sind Steinzeugrohre und gußeiserne asphaltierte Rohre. Ein Bodeneinlauf mit Geruchverschluss führt

die Abwässer ab und verhindert das Eindringen der Schleusendünste. Die von der Kaltluftkammer kommende kühle Luft ist feucht, und diese Feuchtigkeit schlägt sich an den Wänden der Vorkammer nieder und gelangt so nicht in den eigentlichen Kühlraum. Dieser wird an den Wänden und am Fußboden mit Platten ausgekleidet. An der Decke und am Fußboden befinden sich die zum Kreislauf nötigen Luftschlitze. Die Luft im Kühlraum kann durch die Anlage in einer Temperatur von etwa $+3$ bis $+6^\circ$ gehalten werden.

Als dritte Anlage soll eine Kühlanlage beschrieben werden, die ebenfalls ohne maschinelle Einrichtung arbeitet und im Keller eines Lebensmittelgeschäftes eingebaut werden kann. Die Anlagekosten sind niedrig und der Kühleffekt ist ein großer und für kleinere Betriebe voll auf genügend. Auch hier wird der physikalische Kreislauf der Raumluft ausgenutzt, indem, wie in Abb. 5 gezeigt wird, die erwärmte Luft durch den an der Decke befindlichen Kanal in den Eisbehälter zieht, sich hier abkühlt und dann zu Boden sinkt. Die Kühlraumtemperatur, die hier erzeugt wird, ist ungefähr die gleiche wie im vorigen Beispiel. Zur Frischhaltung von Lebensmitteln genügt diese Temperatur vollauf. Die Anlage bedarf fast keiner Unterhaltung und Wartung, außer der in gewissen Zeitabständen zu erneuernden Natureispackung im Behälter. Erste Bedingung ist auch die sach- und fachgemäße Anwendung der Bitumenstoffe als Schutzmittel in wirksamer Durchbildung. Wände, Fußboden und Türanschlüsse sind hier die gleichen Konstruktionen wie in Abb. 2 bis 4. Die Decke erhält eine andere Ausbildung, weil sich über dem Kühlraum weitere Geschosse befinden. Hier wird die Korkplatten-Bitumenschutzschicht in einer Stärke von 12 cm zwischen Deckenkonstruktion und Aufbeton durchgelegt und verkittet. Um aus hygienischen Gründen eine gute Reinigung des Raumes zu gestatten, wird er an Wänden und Decke mit Platten ausgefliest; es wird auch hier ein Bodeneinlauf mit Geruchverschluss wie im vorigen Beispiel angeordnet.

Die Abb. 7 zeigt den Detailschnitt des Eisbehälters der Kühlanlage, der in Eisenbeton konstruiert ist. Die Innenwände sind zum Schutz des Betons und damit das Eis nicht anfriert mit einer 1—2 cm starken Bitumenschicht bekleidet. Die Tropfkante des Behälters wird mit Zinkblechleiste mit Aufkantung und beigelegter T-Eisenschiene gesichert und so der Ablauf des Schmelzwassers und die Anlage des Hartholzgitters gebildet. Die Gitter halten an den Öffnungen das Eis im Behälter. Eine weiter unten angebrachte Kastenrinne auf verzinkten eingelassenen Stützen leitet das Schmelzwasser der Schleuse zu. Die Aufhängevorrichtungen werden unter dem Zuluftkanal in der erforderlichen Menge angeordnet. Die Einfüllung des Eises geschieht durch eine 50·70 cm große, durch Doppelverschluß gesicherte Öffnung vom Vorraum aus. Die Zugangstür erhält gleichfalls einen guten Doppelverschluß nach Abb. 4.

Beispiele von Kühlanlagen mit maschinellem Betrieb

Die Kühlanlage mit maschinellem Betrieb zur künstlichen Kälteerzeugung bedingt zwar für den wirtschaftlichen Betrieb andere praktische Gesichtspunkte, aber die Sicherung des Bauwerkes und der baulichen Konstruktionsteile wird nach den gleichen Erfahrungen mit den modernen Sperr- und Dämmstoffen gut und sicher zu erzielen sein. Bitumen wird auch hier als Baustoff eine außerordentlich große Rolle spielen, da die Anlage eine größere Ausdehnung erhält als die vorher beschriebenen. Da aber die Gestehungskosten der maschinellen Kälte höher sind als die natürlicher Kühlung, so werden solche Anlagen

nur dort in Frage kommen, wo tatsächlich große Kühlräume erforderlich sind, so z. B. in Nahrungsmittelfabriken usw. Hieran wird sich auch zur besseren Ausnutzung der Maschinen gleichzeitig eine Kunsteis-erzeugung mit anschließen.

In Abb. 9 wird das Erdgeschoß einer derartigen Kühlanlage mit Kunsteisherstellung für eine mittelgroße Nahrungsmittelfabrik gezeigt. Der Betrieb ist eingerichtet für eine Kühlraumgröße von zusammen 425 cbm Rauminhalt bei einer bei etwa $+2$ bis $+4^\circ$ gehaltenen Kühltemperatur und einer täglichen Eis-erzeugung mit achtstündiger Arbeitszeit von 400 bis 500 kg. Vor die Eingänge zu den Kühlräumen wurde zur Verhinderung großer Temperaturverluste ein Vorraum (12) mit Verladerrampe (13) gelegt. Es sind vier Kühlräume (1 bis 4) angeordnet, ein Eislagerraum (5), der Eis-erzeugungsraum (6), der Maschinenraum (7), an der Durchfahrt (14) das Treppenhaus (8), der Pförtner (9) und vom Vorraum (11) aus erreichbar ein Aufzug (10).

Die Maschinenanlage umfaßt alle Apparate, Rohrleitung und Maschinen, die zum Betrieb einer nach dem Ammoniak-Kompressionssystem mit direkter Verdampfung arbeitenden Kühl- und Eismaschinenablage nötig sind. Die Leistung beträgt 48 000 kal stündliche Kälteleistung, gemessen bei -10° C Verdampfungs- und $+10^\circ$ C Kühlwasserzulauf-temperatur. Es werden angeordnet ein liegender Ammoniakkompressor, 1 Ölabscheider, 1 Ölsammelgefäß, 1 Schmutzabscheider mit Sieb und 1 Ammoniakkondensator, als Doppelgegenstromapparat gebaut, mit reichlicher Kühlfläche. Die erforderlichen Kühlrohrsysteme für die eingangs erwähnten Räume ebenfalls mit sehr reichlicher Kühlfläche bemessen, bestehen aus schmiedeeisernen verzinkten Rippenrohren. Zwei Eis-erzeuger, bestehend aus je einem starkwandigen Blechgefäß mit eingebautem Verdampfersystem, Kühlfläche, Zellenrost mit 20 verbleiten Eiszellen für 7,5-kg-Blöcke, Rührwerk, Schalung mit Korkplattenisolierung für eine Leistung von 500 kg Kunsteis täglich. Als Antriebsmotor wäre ein Elektromotor von etwa 25 PS Dauerleistung zu wählen, um das Anlaßmoment des Kompressors auch im Sommer zu überwinden. Als Bauelemente sind die gleichen maßgebend, die in Abb. 2 bis 7 dargestellt wurden.

Abb. 8 zeigt den Schnitt durch die Decke und die Aufhängung der Rohrleitungen. Die Decke wird besonders stark zu konstruieren sein, weil sich über den Kühlräumen eine Trockenanlage befindet. Neben der Korkschuttschicht wird daher noch eine Torfmullschüttung als besonderer Schutz gegen Temperaturverluste in Lagen aufgebracht. Zwischen Torfmull und Dielung ist eine Luftschicht zu belassen.

Kühlrohrleitung und Luftumwälzungsholzkanal werden an den Trägern der Decke durch Bügel und Verschraubungen befestigt.

Die Räume sind zueinander so angeordnet, daß ein wirklich gerundeter Betrieb vonstatten gehen kann, so daß die Anlage die höchste Wirtschaftlichkeit hergibt und ein hoher Nutzeffekt erzielt wird.

Schlußbemerkung

Die sachgemäße Anwendung des Bitumenbaustoffes als modernster Dämm- und Sperrstoff an den Kühlanlagen als baulicher Sonderfall hilft zum Erfolg und gestattet größte Nutzung der Anlagen bei geringem Unterhalt. Bitumen schützt vor vorzeitiger Korrosion und verlängert die Lebensdauer des Bauwerkes, so daß es den gestellten Anforderungen vollauf gerecht wird und seinen bestimmten Zweck erfüllt.

DIE STEUERERLEICHTERUNGEN FÜR ERSATZBESCHAFFUNGEN

Eine zusammenfassende Übersicht

Steuersyndikus Dr. jur. et rer. pol. Brönnert, Berlin

Allgemeines. Die Gewährung von Steuervergünstigungen für Ersatzbeschaffungen ist nunmehr abschließend geregelt. Die Steuerbefreiungen verdienen sowohl mit Rücksicht auf die steuerlichen Auswirkungen für den einzelnen Steuerpflichtigen wie auf ihre Bedeutung für die Volksgemeinschaft im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung besondere Beachtung. Sie kommen auch für die freien Berufe in Betracht.

Die Steuervergünstigungen sind nicht in allen Fällen die gleichen. Bei den Ersatzbeschaffungen insbesondere für das freiberufliche Anlagekapital ist die volle Absetzung der Ausgaben im Jahre der Neuananschaffung zugelassen, die sonst während der Jahre der Nutzungsdauer des Ersatzgegenstandes abzuschreiben wären.

Bei Ersatzbeschaffungen von Geräten und sonstigen beweglichen Gegenständen des freiberuflichen Anlagekapitals, die in der Zeit vom 1. Juli 1933 bis zum 31. Dezember 1934 vorgenommen werden, sind die Aufwendungen in voller Höhe vom einkommen- (körperschaft-) und gewerbsteuerpflichtigen Gewinn im Jahre der Anschaffung absetzbar.

Die begünstigten Steuerpflichtigen. Die Ersatzbeschaffung muß hier Gegenstände des Anlagekapitals der Angehörigen der freien Berufe betreffen. So kommen neben Gewerbetreibenden, Handwerkern, Landwirten usw. auch die Ärzte (bei diesen z. B. Röntgenapparate, Diathermieapparate, Sauerstoffapparate, Anlagen für medizinische Bäder oder dergl.), Rechtsanwälte usw. in Betracht.

1. Welche Gegenstände können ersetzt werden? Alle beweglichen körperlichen Gegenstände des Anlagekapitals, selbständige Gegenstände oder Teile von solchen. Ausgenommen sind neben Gebäuden und sonstigen unbeweglichen Gegenständen Tiere und alle Rechte, wie Patente usw.

Beispielsweise kommen für die freien Berufe in Betracht Apparate, Werkzeuge, Kraftwagen und sonstige Fahrzeuge, Fernsprechanlagen, Ofen, Einrichtungsgegenstände in den beruflich benutzten Räumen, wie Schränke, Tische, Schreibmaschinen, Teppiche, Heizungsanlagen usw. Bei den Geräten usw. ist es belanglos, ob sie als wesentliche Bestandteile des Grundstücks oder Gebäudes anzusehen sind. Die Aufwendungen für Hoch- und Tiefbauarbeiten scheidet aber grundsätzlich bei den Steuererleichterungen aus.

2. In welcher Weise hat die Ersatzbeschaffung zu erfolgen? Der neue Gegenstand muß einen bisher dem Betriebe dienenden seiner Gattung nach gleichartigen Gegenstand ersetzen. Unterschiede in Art, Technik, Güte, Preis, Größe und Leistungsfähigkeit bleiben außer Betracht. Er muß nun den gleichen Zweck wie der alte erfüllen (z. B. Ersatz einer Dampfmaschine durch einen Elektromotor). Eine Vergrößerung des Anlagekapitals, insbes. der Zahl der Anlagegegenstände, darf nicht die Folge sein; der Ersatzgegenstand darf keinesfalls bisher durch Menschen oder Tiere verrichtete Arbeiten ersetzen. Wohl aber ist eine Vergrößerung der Betätigungsmöglichkeiten statt-

haft. Aus welchen Gründen der Ersatz erfolgt, ist gleichgültig; so kann der neue Gegenstand auch aus der Entschädigung für einen durch Feuer oder dergl. unbrauchbar gewordenen bezahlt sein.

3. Was geschieht mit dem alten Gegenstand? Er muß noch am 30. Juni 1933 zum freiberuflichen Anlagekapital gehört, braucht ihm aber nicht bis zur Inbetriebnahme des neuen gegenüber zu haben.

Beispiel: Ein Gegenstand wird am 1. September 1933 seiner Zweckbestimmung entzogen und am 15. Oktober 1933 durch einen neuen Gegenstand ersetzt. Die Unterbrechung vom 1. September bis 15. Oktober steht der Gewährung von Steuerfreiheit für den neuen Gegenstand nicht entgegen.

Der alte Gegenstand muß nach dem Ersatz aus dem Betriebe ausscheiden, braucht jedoch nicht vernichtet zu werden. Ein Verkauf darf aber nur zur Verschrottung oder Vernichtung erfolgen, die spätestens im Zeitpunkt der Abgabe der Steuererklärung durchgeführt sein muß. Der Steuerpflichtige hat darüber laut besonderer Verordnung dem Finanzamt eine Bescheinigung beizubringen.

4. Wie muß der neue Gegenstand beschaffen sein? Er muß in Deutschland (einschl. Saargebiet) hergestellt sein. Die Herstellerfirma kann sich jedoch in ausländischem Besitz befinden. Die Stoffe für die Herstellung können auch aus dem Ausland bezogen sein, nicht aber der fertige Gegenstand oder die Mehrzahl seiner Teile. Der Ersatzgegenstand muß fabrikneu sein, darf also nicht bereits in Gebrauch gewesen sein. Belanglos ist jedoch, ob er in einem industriellen oder handwerklichen, im eigenen oder einem fremden Betrieb hergestellt bzw. von einem solchen bezogen ist.

Zeitliche Beschränkung der Steuerbefreiung. Der neue Gegenstand muß in der Zeit vom 1. Juli 1933 bis zum 31. Dezember 1934 angeschafft oder hergestellt sein. Bei Bezug des Gegenstandes von einem anderen muß die Lieferung — auf den Zeitpunkt der Bestellung kommt es nicht an — in der Zeit nach dem 30. Juni 1933 und vor dem 1. Januar 1935 erfolgt sein. Der Lieferer kann selbstverständlich den Gegenstand bereits vor dem 1. Juni hergestellt oder vorher fabrikneu (Lagerware) bezogen haben. Der Zeitpunkt der Herstellung spielt eine Rolle nur bei einer Herstellung des Gegenstandes im eigenen Betriebe; hier darf der Steuerpflichtige die Herstellung nicht vor dem 1. Juli 1933 vollendet haben.

Befreiung von den einzelnen Steuern. Die volle Absetzung der Kosten für die Ersatzbeschaffung ist im Jahre der Anschaffung für die Einkommen- bzw. Körperschaft- und die Gewerbesteuer in Wirtschaftsjahren zulässig, die in der Zeit vom 1. Juli 1933 bis zum 31. Dezember 1934 enden. Eine Ermäßigung der Umsatzsteuer, Vermögensteuer, Aufbringungsumlage oder dergl. wird dagegen nicht gewährt. Die steuerlichen Auswirkungen sind jedoch so bedeutend, daß Steuerpflichtige, die neue Gegenstände gebrauchen, die Gelegenheit mit Rücksicht auf die zeitliche Beschränkung zweckmäßig sofort durch Auftragserteilung wahrnehmen.

DIE „NEUEN BAUHERREN“

Seit dem Rückgang des Baues von Großwohnhäusern überwiegt der Eigenhausbau, und damit ist eine Schicht von Bauherren aufgetaucht, die bisher zumeist als Mieter in Erscheinung traten. Überwiegend sind es Arbeiter, Kleingewerbetreibende und Arbeitslose, die unter dem Druck einer bevorstehenden oder stattgehabten Exmatriierung ihre einzige Zuflucht darin sehen, durch den Bau eines Eigenhauses — und sei es das allerbescheidenste — ihr Wohnbedürfnis zu befriedigen, ein Wohnbedürfnis, das Befriedigung erheischt, auch wenn nur 500 RM Baukapital aufzutreiben sind. Das ehrenwerte Entwurfsbüro und Baugeschäft muß nun einem Bauherrn mit derart geringem Eigenkapital klarmachen, daß sich damit auf solider Basis ein Haus weder finanzieren noch konstruieren läßt. Erblickt der Bauherr außerdem den Büroapparat, dessen Spesen von seinen Baukosten bestritten werden sollen, oder setzt ein Architekt bei ihm noch die Kenntnis der Gebührenordnung stillschweigend voraus und erschreckt ihn mit einer Forderung für Anfertigung eines Entwurfes, dann kann man verstehen, wenn der Bauherr um alles, was nach Architektur und Bauwirtschaft aussieht, einen großen Bogen macht und sich an jene zweifelhaften Existenzen wendet, die vorgeben, ihm helfen zu wollen. Die Gefahren, denen der Eigenheimsiedler dabei ausgesetzt ist, hat der „Verband der Baugeschäfte von Groß-Berlin“ kürzlich auf einer von seiner Fachgruppe für Eigenhausbau und der Schutzgemeinschaft gegen Kredit- und Bauschwindel veranstalteten „Studienfahrt ins Schwindelland Groß-Berlins“ einer großen Teilnehmerschaft vorgeführt. Diese Gefahren sind mit den Worten der Veranstalter:

1. Zwiespalt zwischen kleinem Eigenkapital und großen Bauwünschen.
2. Der gefällige Unternehmer („Zahlen Sie man an, dann geht's morgen los, das andere Geld findet sich schon“).
3. Der Finanzierungskünstler („Den Bau möchte ich sehen, den ich nicht finanziere“ . . . mit dem Mund und gegen Unkostenersatz).
4. Der billige Mann (drei Wochen nach Baubeginn: „ . . . ick habe mir wohl verrechnet; mit dem Geld bin ick fertig, mit dem Bau noch lange nicht“).
5. Der Kreditautomat und die gläubigen Siedler („Tausend Mark werfen Sie ein, sechstausend kommen in vier Wochen heraus“).
6. Stehauf-Firmen (jedes Geschäftsjahr schließt mit dem Offenbarungseid; im Frühjahr leisten vertrauensselige Siedler zur Wiedereröffnung neue Anzahlungen. Die ersten Häuser werden flott fertig, die andern?).
7. Pompöse Firmennamen sind Spezialität im Kleinhausbau („Reichsverbände“, „Nationale Bünde“, „Reichsarbeitsausschüsse“, „Arbeitsbeschaffungsstellen“, „Reichszentralen“, und nichts dahinter als einige Leute, die das Geld der Siedler lockt).
8. Der Reifall einer Berliner Vorortgemeinde („Wir sind erfreut, mit Hilfe des Reichsverbandes der Siedler und

Kleingärtner unseren Siedlern billige Hypotheken usw. . .“ Die Ermittlung ergab: Geschäftsstelle des „Reichsverbandes“ ein tageweise ermietetes, möbliertes Zimmer bei einem Schneider).

9. Hausbesitzer, die im Keller wohnen, Unterstände, Sorgenhäuser und vieles mehr.

Diese Liste läßt sich ergänzen durch gerissene Machenschaften der „Finanzierungsbüros“, wie: Suggestieren gefährlicher Verträge, Umwandeln von Wucherzinsen in eine Wechselschuld, um einer eventuellen Zinssenkung entgegenzugehen, und sie wird gekrönt durch den Mißbrauch der nationalen Symbole, wodurch das blinde Vertrauen enttäuscht werden kann, das die Siedler der Führung entgegenbringen.

So wie die hergebrachte Bauwirtschaft sich noch nicht den Verhältnissen der neuen Bauherrschaft angepaßt hat, sind auch die behördlichen Vorschriften erneuerungsbedürftig. Wenn der Siedler, immer unter dem Druck der Notwendigkeit stehend, auf einem Grundstück bauen muß, auf dem er die Bauerlaubnis nur gegen Bezahlung einer Anliegergebühr bekommt, die 150 oder 170 RM für den laufenden Meter Straßenfront beträgt, diese Front aber unglücklicherweise 50 oder 100 m lang ist, so kann er diese Gebühr nicht leisten und ist eben gezwungen, eine Wohnlaube zu erstellen, die bis zur Traufe höchstens 3 m, bis zum First bei 40 qm Grundfläche 4,50 m hoch ist. Nachdem Tausende solcher „Schlag-auf-den-Kopf“-Häuser zu dauernder Verunzierung des Berliner Randgebietes entstanden sind, hatte man die geniale Idee, die einmalige Anliegerleistung vermittels einer Pflasterkasse in eine dauernde monatliche Belastung von beispielsweise 7,50 RM umzuwandeln und den Siedler aus der Schere der beiden hemmenden Verordnungen zu befreien. Auch die Rechtsprechung schützt vielfach den Unternehmer, der die Unkenntnis des Siedlers unlautererweise ausbeutet. Im Norden Berlins gibt es eine Siedlung auf Bauernpacht, deren Grund 10 Pf/qm wert ist, aber gegen 12 bis 20 Pf jährlichen Pachtzins auf 15 Jahre an die Siedler verpachtet ist. Da das Gelände keine Bauerlaubnis besitzt, stehen dort nur Wohnlauben. Es entsteht die Frage, was geschieht, wenn nach 15 Jahren der Verpächter sagt: Sie sitzen jetzt auf Baugrund, der 4 RM/qm kostet? 120 000 Parzellen gibt es um Berlin, auf denen man Häuser erbauen will, aber aus geldlichen oder behördlichen Hindernissen nicht bauen kann.

So wie in Berlin werden die Dinge vermutlich in den meisten anderen Großstädten liegen. Überall ist es der „neue Bauherr“, der der Führung bedarf, wenn nicht wertvollste Volkskräfte fehlgeleitet werden sollen. Es ist verdienstlich, daß in obenerwähnter Studienfahrt das Problem aufgeworfen wurde und daß dadurch die entsprechend geschulte Fachwelt und die Behörde den Willen bekundete, diese Volksgenossen unter allen Umständen mit Behausungen zu versehen.

Walter Neuzil, Berlin

WIRTSCHAFTSUMSCHAU

Arbeitsmarkt

Ostpreußen. Im Rahmen der regierungsseitigen Hilfsaktion für Ostpreußen verdienen die Erörterungen über eine verstärkte Industrialisierung Ostpreußens besondere Beachtung. Man spricht von einem „ostpreußischen Württemberg“. Der Industrialisierungsplan soll dar-

auf aufgebaut werden, daß durch allgemeine Lastensenkungen von seiten des Reiches die Produktionskosten in Ostpreußen in einem solchen Maße unter den Durchschnitt des Reiches sinken, daß dadurch ein Teil der Produktion entsprechend nach Osten verlagert wird. Das wirtschaftliche Fundament dieses Programms erhält da-

durch eine besondere Festigung, daß Ostpreußen ein Vorlieferungsrecht vor den anderen Teilen des Reiches erhält, um auf diese Weise die Abnahme der Industrieprodukte zu gewährleisten. Die öffentliche Hand soll ferner möglichst langfristige Lieferungsverträge abschließen, damit eine Kreditunterlage möglich ist. Natürlich kann es sich bei der Auswahl der in Betracht kommenden Unternehmungen nur um solche Betriebszweige handeln, deren Lebensbedingungen im Osten des Reiches eine befriedigende natürliche Grundlage finden.

Kreditbewilligungen der Oeffa. In der letzten Kreditausschußsitzung der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten wurden weitere Darlehnsanträge im Betrage von rund 25 Mill. RM bewilligt. Davon entfallen 4 Mill. RM auf den Weiterbau des Mittellandkanals und weitere 2,2 Mill. RM auf die Inangriffnahme der Arbeiten am Elster-Saale-Kanal (Südflügel des Mittellandkanals). Unter anderem entfallen auf Sachsen Darlehen in Höhe von 5,4 Mill. RM; davon erhalten die Dresdner Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke 2,2 Millionen RM und die Stadt Leipzig rund 1,8 Mill. RM. Für die Brücke bei Krefeld-Uerdingen wurden rund 1,8 Millionen RM, für Baden rund 2,2 Mill. RM und für Thüringen 600 000 RM bewilligt.

Schwarzarbeit. Gegen die Schwarzarbeit wurde in Essen eine große Polizeiaktion mit Hilfe von 2500 SA-Leuten durchgeführt, in deren Verlauf 455 Personen wegen Unterstützungsbetruges und Schwarzarbeit festgestellt wurden, von denen 151 unberechtigt Unterstützung erhielten. In 53 Fällen hat sich ergeben, daß die Arbeitnehmer nicht ordnungsgemäß versichert waren.

Kapitalmarkt

100 Mill. RM Reichsbürgschaften. Das Reichskabinett hat den Höchstbetrag, den die jeweiligen Bürgschaftsverpflichtungen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom Dezember 1930 — Übernahme von Bürgschaften zugunsten des Kleinwohnungsbaues — nicht überschreiten dürfen, für das Rechnungsjahr 1933/34 auf 100 Mill. RM festgesetzt.

Bausparkassen. Nach einer überschläglichen Schätzung beträgt die Gesamtsumme der in Deutschland abgeschlossenen Bausparverträge 3,5 Mrd. RM. Davon wurden bis Ende 1932 etwa 500 Mill. RM zugeteilt.

Industrieberichte

Kalkindustrie. Insgesamt ist festzustellen, daß im Juni 1933 im Verhältnis zum Juni 1932 bei Branntkalk eine Steigerung von 13 v. H. eingetreten ist. Bei Kalkrohsteinen ist ein kleiner Rückgang von etwa 3 v. H. festzustellen, während beim kohlen-sauren Kalk eine Absatzbelebung um 32 v. H. eingetreten ist. Die Halbjahresübersicht von Januar bis Juni 1933 zeigt gegenüber 1932 eine durchschnittliche Steigerung des Absatzes um 24 v. H. Es entfallen auf die Eisen- und Stahlindustrie 25 v. H., auf die Landwirtschaft 27 v. H., auf die Bauwirtschaft 19 v. H. und auf die Verbrauchergruppen des Kalkstickstoffes 33 v. H. **Westfälische Weißkalkindustrie:** In einer Versammlung der Weißkalkwerke im Wirtschaftsgebiet Westfalen wurde der Zusammenschluß aller Weißkalk herstellenden Werke herbeigeführt. Durch diese Vereinbarung ist ein Preiskampf beigelegt worden. Die Preisregelung ist in der Weise getroffen, daß der feste Zusammenschluß nicht etwa zu einer Preiserhöhung, sondern im Gegenteil zu einer Preisermäßigung gegenüber den früheren Listenpreisen geführt hat.

Zementindustrie. Der Versand an Zement hat sich von 344 000 t im Juni auf 366 000 t im Juli erhöht. Im Juli

1932 hatte der Zementversand 330 000 t und im Juli 1931 452 000 t betragen.

Pflasterstein- und Schotterindustrie. Dadurch, daß durch das umfangreiche Straßenbauprogramm der Reichsregierung die Öffentlichkeit auf die Bedeutung dieses Wirtschaftszweiges hingewiesen worden ist, dürfte ein Hinweis auf die Lage des deutschen Steinstraßenbaues interessieren. Es ist festzustellen, daß der Beschäftigungsgrad der Pflasterstein- und Schotterindustrie, der, an der Leistungsfähigkeit der Werke gemessen, in den Jahren 1927 bis 1930 durchschnittlich 60 bis 70 v. H. betrug, außerordentlich stark zurückgegangen ist. Es konnten nur noch 20 bis 22 v. H. der Belegschaft der vorgenannten Jahre mit Arbeit beschäftigt werden. Dies ist um so bedauerlicher, als gerade der Steinstraßenbau in der Lage ist, volkswirtschaftlich und sozialpolitisch große Aufgaben zu erfüllen. Allein der Umstand, daß in den Materialkosten ein Lohnfaktor von 60 bis 70 v. H. steckt, zeigt die umfangreiche Anwendung der Handarbeit, die Beschäftigungsmöglichkeit von Arbeitskräften und somit die großen Vorteile in arbeitsmarktpolitischer Hinsicht. Die Herstellung von 1 qm Steinpflasterstraße beansprucht unter Berücksichtigung der unmittelbaren und mittelbaren Löhne ein Tagewerk, gibt also einem Arbeiter Verdienst und Brot für einen Tag.

Dachpappenindustrie. Auf einer Sitzung der Gruppen Berlin, Brandenburg, Pommern, Grenzmark, Mecklenburg des Reichsverbandes Deutscher Dachpappenfabrikanten sind Preisfestsetzungen besprochen worden, um der katastrophalen Entwicklung auf dem Dachpappenmarkt Einhalt zu gewähren. Die Kalkulationen der neuen Preise sind auf normengemäßer Ware aufgebaut und stellen in jeder Hinsicht gerechte Preise dar.

Bauholz. Nach den Ermittlungen des Instituts für Konjunkturforschung hat sich für Kiefern-schnittholz am Berliner Markt im ersten Halbjahr eine Preiserhöhung von 1,2 v. H. ergeben. Für kieferne Bauware nach Listen wurde frei Waggon Karlsruhe in demselben Zeitabschnitt eine Preiserhöhung von 9 bis 12 v. H. festgestellt, während in Oberbayern eine Erhöhung der Verkaufspreise um 10 bis 12,5 v. H. ermittelt wurde. Leider liegen die Notierungen noch immer um mehr als 40 v. H. unter den Bauholzpreisen von 1928 und haben auch die Vorkriegeshöhe nicht erreicht.

Holzverarbeitende Industrie. Mit Rücksicht auf die naturgemäß noch unzureichende Ausnutzung der Produktionskapazität der Betriebe werden die Lasten durch Steuern, Sozialabgaben und allgemeine Unkosten immer noch als sehr drückend empfunden. Auch die Mehrbelastung, die den Betrieben durch die Preußische Stempelsteuernovelle auferlegt wurde, wirkt in diesem Falle weiter hemmend. Die erzielbaren Preise stehen nach wie vor in den meisten Branchen der Industrie nicht im Einklang mit den Selbstkosten. Es wird daher in zunehmendem Maße die Forderung erhoben, durch Bildung von Kartellen eine Aufbesserung der Preise auf ein vernünftiges Maß zu ermöglichen. So sind z. B. in der Tisch-, Schlafzimmer- und Kleinmöbelindustrie Preiskonventionen gebildet worden. Die Maßnahmen der Reichsregierung durch Gewährung von Ehestandsdarlehen haben sich bisher nicht voll auswirken können, da der Handel mit Rücksicht auf die Hinauszuhaltung der Darlehensgewährung mit Aufträgen zurückhält.

Eisenindustrie. Im Juni 1933 belief sich die Roh-eisenerzeugung im deutschen Zollgebiet auf 440 070 t gegen 423 744 t im Vormonat. Arbeitstäglich wurden im Durchschnitt im Juni 14 196 t erblasen, d. h. 0,5 v. H. mehr als im Juni 1933. Im Siegerland sind zwei weitere Eisenhütten in Betrieb genommen worden.

Bauen in Finnland

Die enge Verwandtschaft der nordischen Kulturen wird dem Besucher Finnlands augenfällig. Das Stadtleben spielt allerdings in diesem schönen Wald- und Seelande, seiner Bodenbeschaffenheit wegen, eine weniger bedeutungsvolle Rolle. Nur etwa ein Fünftel der Bevölkerung haben ihr Auskommen aus Industrie, Handel und Verkehrswesen.

Träger der Wohnungsproduktion sind die Wohnungsaktiengesellschaften, eine für Finnland eigentümliche Art genossenschaftlicher, durch Gesetz geregelter Bautätigkeit. Die Mietwohnhäuser sind in Helsingfors sechs- und achtgeschossig. Die äußeren Vorstädte sind in offener Bauweise, meist mit Eigenheimen aus Holz (in den Arbeitervierteln von auffallender Kleinheit), bebaut.

Der Anteil der Geschäftshäuser am Neubauprogramm ist gering, da das Einzelgeschäft die Regel bildet. Dagegen haben die Konsumgesellschaften in den letzten Jahren eine rege Bautätigkeit entwickelt.

Das Schulwesen Finnlands zeitigte eine Reihe neuer Bauten. Die in der Nachkriegszeit einsetzende Ausnutzung der Wasserkräfte ließen einige Kraftwerke im

Seengebiet entstehen. Eine Reihe von Kirchen- und Krankenhausbauten entstanden in Helsingfors und in den Provinzen. Im öffentlichen Bauwesen ist der Neubau des Reichstagsgebäudes bemerkenswert.

Die Weltdepression ist naturgemäß auch am Bauwesen Finnlands nicht spurlos vorübergegangen, wenn auch die öffentliche Hand immer noch eine Reihe von Bauvorhaben zur Ausführung bringt. Die Schulung der Unternehmerschaft übernehmen die technischen Fachschulen, die der Architekten die Technische Hochschule in Helsingfors. Die einheitliche Schulung bewirkt eine gewisse Geschlossenheit der Architektenschaft, die in einem, freie wie beamtete Architekten umfassenden Architektenverbande zum Ausdruck kommt.

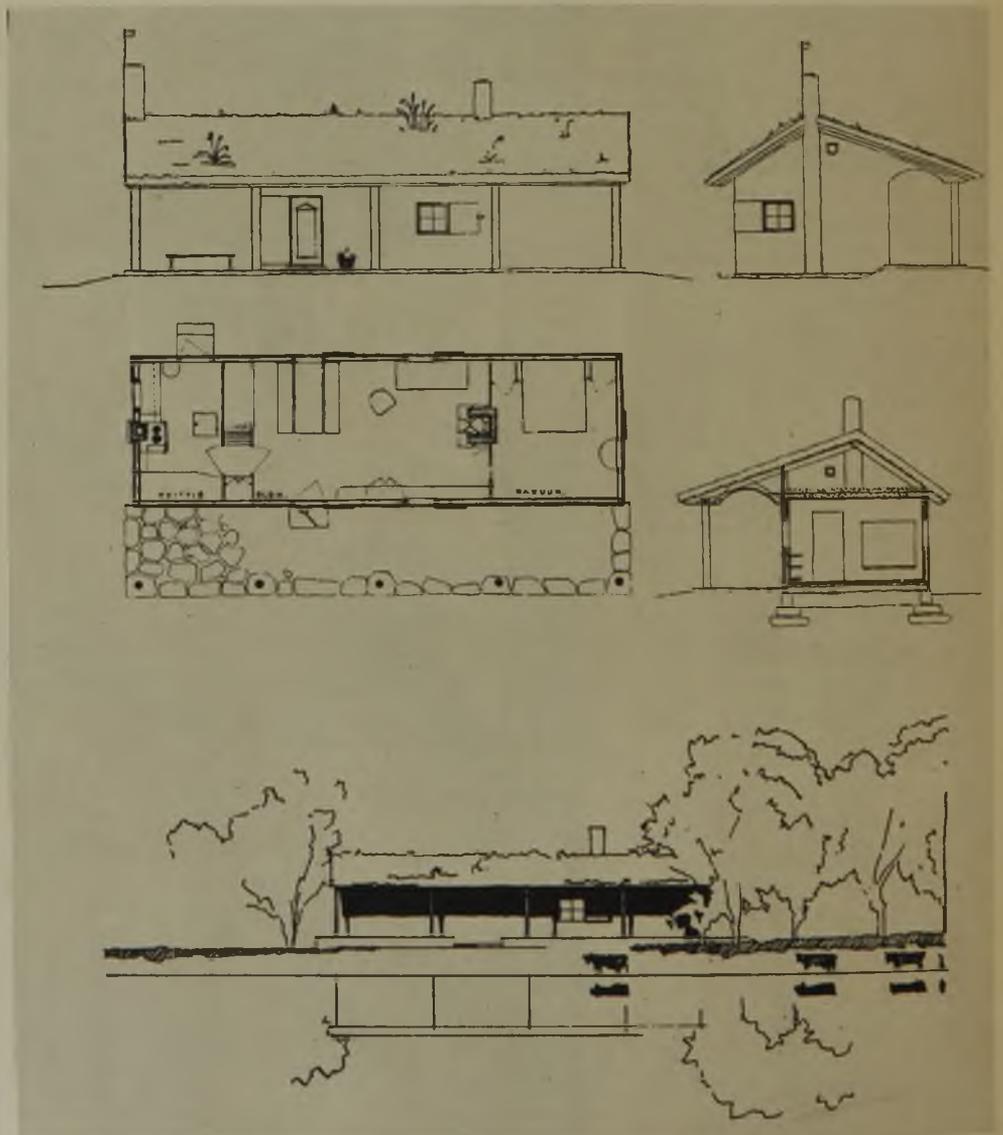
Die größeren Städte haben eigene Architekten von gutem fachmännischen Ruf. Ein guter Teil der öffentlichen Aufgaben, Kirchen, Krankenhäuser, Banken und auf dem Lande auch Schulen, werden durch öffentliche Wettbewerbe einer Lösung zugeführt. Das fachliche Niveau der Architektenschaft ist sehr beachtlich und steht dem der anderen nordischen Länder nicht nach. Auswärtige Fachleute werden als Berater nur bei außergewöhnlichen Aufgaben zugezogen.



Walzenwehr am Kraftwerk Imatra. Gestalter: K. S. und Oiva Kallio (Aufnahme Boos, Helsingfors)



Sommerhaus in Willinge. Gestalter:
Oliva Kallio



Ferienhaus. Gestalter:
Aino Marsio-Aalto



Gartenvorstadt Käpylä bei Helsingfors
Gestalter: Martti Wälikangas

Sommerhaus in Willinge (siehe Bild links)

Die Durchführung der Bauarbeiten erfolgt meist im Akkord. Das Holz als Baustoff überwiegt nach wie vor bei ländlichen Bauten und beim Kleinhausbau. Die städtische Bauart ist massiv, meist Ziegel, die Zwischendecken fast ausschließlich Eisenbeton, größere Bauten häufig in Eisenbetonfachwerk. Dachdeckung verzinktes Eisenblech und Ziegel. Bei ländlichen Bauten und Kleinhäusern die alte Schindeldeckung. Monumentalbauten verwenden für die Fassade einheimische, hellfarbige Granite, doch werden für den inneren Ausbau hin und wieder auch deutsche Marmorarten angewandt. Aus Deutschland kommen für Neubauten in Frage Profileisen, Armaturen, Wandplatten und die Erzeugnisse der optischen und mechanischen Industrie.

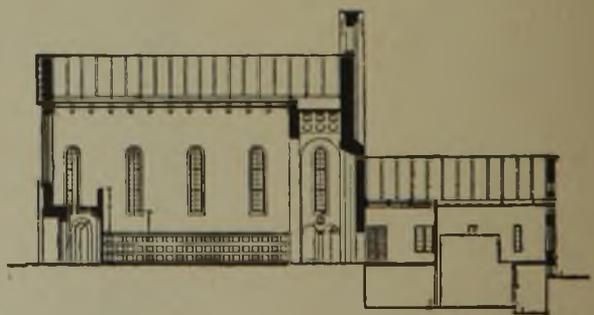
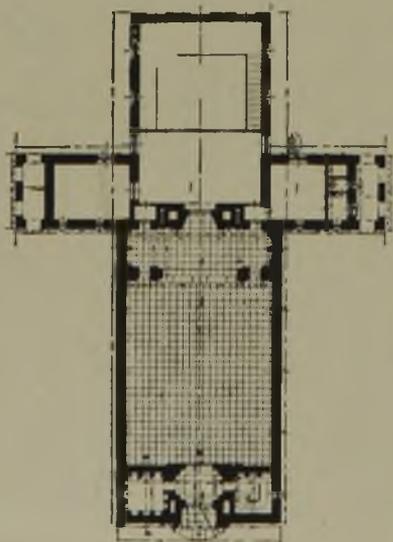
Oberbaurat Konwiarz, Breslau



Wohnhaus in Helsingfors. Gestalter: Martti Wälikangas. (Aufnahme Roos, Helsingfors)



Geschäftshaus des Konsumvereins „Elanto“. Gestalter: Väino Vähäkallio



Krematorium in Helsingfors. Maßstab 1:500

Krematorium in Helsingfors. Gestalter:
Berel Liljequist



Sanatorium in Paimis. Gestalter: Alvar Aalto



Gemeindefhaus in Wiborg. Gestalter: Uno Ullberg. (Aufnahme Adam, Wiborg)

Krankenhaus Rotes Kreuz in Helsingfors. Gestalter: Jussi Paatela





Kraftwerk Imatra. Gestalter: K. S. und Oiva Kallio. (Aufnahme Roos, Helsingfors)



Museum und Kunstschule in Wiborg. Gestalter: Ueo Ullberg. (Aufnahme Jinari Raskallio)



Getreidemühle und Silo in Wiborg. Gestalter: Valde Aulanko und Erkki Huttunen

